

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXVII. Jahrgang, Nr. 4

April 1964

## Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich .....	133
Kriterien für die Entwicklungshilfe .....	140
Die Kriegsopferversorgung .....	150
Die österreichische Erdgasversorgung .....	156
Der Bundeshaushalt 1963 .....	162

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Konjunkturaufschwung auf breiter Basis — Industrieproduktion um 11 %, Export um 16 %, Einzelhandelsumsätze real um 10 % höher als im Vorjahr — Anzeichen für Belebung der Investitionen — Verbraucherpreise 2,9 %, ohne Saisonprodukte 6,4 % höher als im Vorjahr — Konsolidierung der kurzfristigen Staatsschuld — Weitere Konjunkturverstärkung legt vorsichtige Budgetpolitik nahe**

Der Frühjahrsaufschwung der österreichischen Wirtschaft, der heuer besonders früh einsetzte, hat sich weiter gekräftigt. Die günstige Witterung und die konjunkturelle Expansion ließen die Beschäftigung rasch steigen und die Arbeitslosigkeit beträchtlich unter den Stand von 1963 sinken. Die Industrieproduktion war in den letzten Monaten um rund 10% höher als im Vorjahr, die einzelnen Industriezweige wachsen im Konjunkturaufschwung wieder viel gleichmäßiger als bisher. Die Produktion erhält starke Impulse von der Bautätigkeit, vom Export und wahrscheinlich auch vom Lageraufbau. Die Nachfrage der Konsumenten ist ebenfalls lebhaft, der Einzelhandel erzielte in allen Sparten (außer bei Brennstoffen) höhere Umsätze, als saisongemäß zu erwarten war. Die Erhöhung

der Importe von Maschinen und anderen Fertigwaren sowie die stärkere Nachfrage nach kommerziellen Krediten läßt auch auf eine Belebung der Ausrüstungsinvestitionen schließen. Der Auftrieb der nicht saisonabhängigen Preise hält an, dürfte aber in den nächsten Monaten schwächer werden. Saisonprodukte sind gegenwärtig bedeutend billiger als im Vorjahr. Die Konsolidierung eines namhaften Teiles der kurzfristigen Staatsschuld schuf eine wichtige Voraussetzung für einen echten Geldmarkt und für eine wirksamere Währungspolitik.

Die *Beschäftigung* nahm im März weiter (um 27.200) stark zu. Mit 2.309.300 Beschäftigten wurde der Stand des Vorjahres um 30.100 und jener von 1962 um 15.400 übertroffen. Die Landwirtschaft beschäftigte 96.300 Unselbständige, die gewerb-

liche Wirtschaft (einschließlich der Vertragsbediensteten der öffentlichen Hand) 1,880 900. Die *Arbeitslosigkeit* war vor allem in den Saisonberufen (Holzverarbeiter, Steinarbeiter, Land- und Forstarbeiter, Bauberufe), aber auch unter den Metall- und Textilarbeitern niedriger als im Vorjahr. Höher war sie nur in den Büroberufen, im Handel sowie unter den Bekleidungs- und Schuhherstellern. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitssuchenden um 39 000 auf 92.900. Sie war um 13.000 niedriger als 1963 und etwa gleich hoch wie 1962. Bis Mitte April nahm die Arbeitslosigkeit um weitere 31.200 ab und blieb um 13.300 unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der *offenen Stellen* überstieg im März mit 42.100 um 3.900 das Angebot des Vorjahres und um 2 000 das von 1962.

### Arbeitsmarkt

	Stand Ende März 1964	Veränderung gegen	
		Vormonat	Vorjahr
		1 000 Personen	
Beschäftigte	2 309 3	+ 27 2	+ 30 1
Arbeitssuchende	92 9	- 39 0	- 13 0
Offene Stellen <sup>1)</sup>	42 1	+ 9 4	+ 3 9

<sup>1)</sup> Ohne offene Pflichtstellen für Personen die nach dem Invalideneinstellungsgesetz begünstigt werden

Die *Industrieproduktion* war im Februar um 11% höher als 1963. Die auffallend hohe Zuwachsrate erklärt sich nur zum Teil daraus, daß in den ersten Monaten 1963 die Produktion witterungs- und konjunkturbedingt stagniert hatte. Auch wenn man diese Sondereinflüsse ausschaltet, bleibt ein bemerkenswert kräftiger Zuwachs. Die Spannungen zwischen den einzelnen Bereichen sind geringer geworden. Auch die *Industriebeschäftigung* behielt ihre expansive Tendenz bei. Mit 603.400 war sie im Februar nur noch um 1% niedriger als 1963. Die bauabhängigen Branchen, wie Stein- und keramische Industrie und die Holzverarbeitende Industrie, nahmen entgegen den Saisonserwartungen schon im Februar Arbeitskräfte auf. Auch im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau sowie in der Fahrzeugindustrie wurden im Gegensatz zum Rückgang in den Vorjahren wieder Arbeitskräfte eingestellt. Damit liegt der Beschäftigtenstand in der Eisen- und Metallverarbeitung nur noch um 2,4% unter dem Vorjahr. Im Konsumgüterbereich verzeichneten die Textil- und Bekleidungsindustrie zwischen Jänner und Februar wieder stärkere Zunahmen, wogegen die Nahrungsmittelfabriken Arbeiter freistellten. Die Beschäftigung in den traditionellen Konsumgüterindustrien lag insgesamt etwas über dem hohen Vorjahresstand (+0,6%).

Die Produktion von Investitionsgütern war insgesamt um 8% höher als im Vorjahr. Die Baustoffherzeugung trug dazu mit einer Zunahme um 23% am stärksten bei. Die Eisen- und Stahlproduktion wurde bei gleichbleibenden Exporten um 10% erhöht. Die aus Gründen der Kapazitätsauslastung überhöhte Exportquote konnte damit zugunsten des ertragreicheren Inlandsgeschäftes vermindert werden. Aber auch die Exportpreise zeigen seit einigen Monaten eine stetig steigende Tendenz. Die Erzeugung fertiger Investitionsgüter stieg um nicht ganz 3%, wobei die Produktion im Maschinen-, Stahl und Eisenbau sowie von Metallwaren um je 7% höher, die von Elektromaschinen um 7% niedriger war als im Vorjahr und die Fahrzeugproduktion (ohne Konsumgüter) stagnierte.

Die Produktion von Konsumgütern lag im Februar um 9% über dem Vorjahr. In einzelnen Sparten wurden bedeutend höhere Zuwächse erreicht. Die Erzeugung langlebiger Konsumgüter, insbesondere der Elektroindustrie, konnte ihren Vorjahresrückschlag überwinden und war um 18% höher. Auch die Papierherzeugung (+10%) und Papierverarbeitung (+19%) sowie die Glaserzeugung (+12%) konnten kräftig gesteigert werden. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+4%) und in der Bekleidungsherzeugung (+5%) hielt die Expansion mit etwas verringerten Zuwachsraten an.

Der Kapazitätsausbau in Erdölindustrie und Grundchemie ermöglicht eine kräftige Ausweitung der Grundstoffproduktion (+30%). Der Magnesitbergbau hat den vorjährigen Tiefstand (+19%) überwunden und nähert sich dem Niveau von 1962, der übrige Bergbau lag mit 2% nur geringfügig über dem Vorjahr.

### Industrieproduktion

	Jänner    Februar 1964	
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Bergbau und Grundstoffe	+15 4	+23 0
Elektrizität	+ 7 0	+18 4
Investitionsgüter	+ 8 8	+ 7 8
Konsumgüter	+ 9 4	+ 9 4
Insgesamt	+ 9 8	+11 3

Die *Energiewirtschaft* konnte im Februar die Erzeugungsmöglichkeiten voll ausnützen. Die Elektrizitätserzeugung war um 22% höher als im Vorjahr. Die starke Zunahme der hydraulischen Stromerzeugung (+49%) ist auf den verstärkten Einsatz der Speicher (sie waren in den Vormonaten geschont worden) und auf Kapazitätserhöhungen der Laufkraftwerke zurückzuführen. Die Dampfkraftwerke lieferten ebenfalls mehr Strom (+5%) als

im Vorjahr. Die Kohlenförderung wurde annähernd auf dem Vorjahresniveau gehalten (+1%). Die Steigerung der Erdölförderung um 21% ist neuen Aufschlüssen in den Bundesländern Nieder- und Oberösterreich zu danken. Außerdem wurden die Rohölimporte durch Eisbildung und Niedrigwasser auf der Donau behindert. Die Erdgasförderung erreichte nicht das hohe Vorjahresergebnis (-2%).

Die Nachfrage nach Energie war insgesamt etwas niedriger als im Februar 1963. Es wurden mehr Strom und Erdölprodukte, aber viel weniger Kohle abgesetzt. Die im Vorjahr besonders niedrigen Stromexporte nahmen bedeutend stärker zu (150%) als der inländische Stromverbrauch (5%). Die Steigerung des Verbrauches von Mineralölprodukten (10%) geht vor allem auf den erhöhten Absatz inländischen Heizöles (14%) zurück, aber auch Benzin (20%), Petroleum (11%) und Dieselöl (6%) trugen dazu bei. Ausländisches Heizöl konnte wegen Transportschwierigkeiten nicht im gleichen Ausmaß abgesetzt werden wie im Februar des Vorjahres (-1%). Infolge der gut aufgefüllten Kohlenlager und wegen des milden Wetters sank die Kohlenauslieferung um 11%. Der Rückgang traf allerdings hauptsächlich Importkohle (-15%), heimische Kohle wurde nur um 2% weniger abgesetzt. Besonders spürbar verminderte sich der Bedarf der Haushalte (-40%) und der Wärmekraftwerke (-15%); Gaswerke und Kokerei Linz erhöhten ihre Bezüge.

### Energieverbrauch

	Jänner 1964	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Kohle	+ 4,8	-10,5
Elektrizität <sup>1)</sup>	- 2,1	+ 6,7
Erdölprodukte	+27,0	+ 9,8
Erdgas	- 4,8	- 5,9
Insgesamt	+ 8,6	- 2,0

<sup>1)</sup> Wasserkraftstrom.

Der Güterverkehr wurde durch den frühen Beginn der Bausaison begünstigt. Auf der Bahn stiegen die Verkehrsleistungen von Jänner auf Februar um 3,5% und waren um 5,6% höher als im Vorjahr. Die Baustofftransporte allein haben gegen 1963 um 35% zugenommen. Auch auf die übrigen Transporte wirkte sich der vorzeitige Frühjahrsaufschwung aus. Auf der Donau wurden 150.000 t befördert (im Vorjahr war der Verkehr wegen Eisbildung eingestellt). Der Straßengüterverkehr dürfte im Februar nicht zugenommen haben (der Treibstoffverbrauch war niedriger als im Jänner), war jedoch um 7% höher als im Februar 1963.

### Verkehr

	Jänner 1964	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Güterverkehr (Bahn und Schiff)	+ 0,7	+ 9,0
Personenverkehr (Bahn und Omnibusse)	+ 1,6	+ 6,5
Neuzulassungen von Personenkraftwagen	- 3,3	+43,6

Die Landwirtschaft konnte mit der Bestellung der Äcker erst im April beginnen. Die frühen Herbstsaaten sind im allgemeinen gut durch den Winter gekommen. Nur spät gesäter Winterweizen steht relativ schwach. Die Niederschläge waren zuletzt ausreichend. Das Wachstum begann infolge kühler Witterung jedoch erst spät. Im Februar lieferte die Landwirtschaft 21% weniger Brotgetreide, 7% weniger Fleisch (Rindfleisch -27%, Kalbfleisch -15%, Schweinefleisch +14%) und 3% mehr Milch als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Schweinebestand betrug am 3. März, einer Stichprobenerhebung zufolge, 2,77 Mill. Stück. Im März 1963 war die Zählung ausgefallen; das Institut schätzte damals den Bestand auf 2,61 Mill. Stück. Das ergibt für 1964 einen Zuwachs um 6%. Die Bestände an Ferkeln, Jung- und Mastschweinen sind um 11%, 4% und 4% und die an trächtigen Tieren um 9% gestiegen. Im Juni wird der Gesamtbestand mit schätzungsweise 2,78 bis 2,80 Mill. Stück um rund 8% höher sein als im Juni 1963. Nach den letzten Berechnungen des Institutes werden von Juni 1964 bis Februar 1965 etwa 1,8 Mill. Schweine auf den Markt kommen, gegen 1,64 Mill. ein Jahr vorher (+10%), davon rund 610.000 von Juni bis August (+8%), 570.000 von September bis November (+10%) und 620.000 von Dezember bis Februar (+12%). Da der heimische Markt im Durchschnitt pro Monat 200.000 bis 205.000 Schweine aufnimmt — diese Schätzung fußt auf den Schlachtungen des Vorjahres und rechnet mit einer Verbrauchszunahme von 3% bis 5% —, wird man wahrscheinlich nur im kommenden Herbst Schweine importieren müssen. Im Frühjahr 1965 ist mit einem größeren Überschuß an Schlachtschweinen zu rechnen. Da die Preise in den nächsten Monaten saisonbedingt sinken werden, besteht kaum ein Ansporn, die Schweinehaltung weiter auszudehnen.

### Landwirtschaft

	Jänner 1964	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Brotgetreide	-26,8	-21,1
Milch	- 1,8	+ 3,1
Fleisch	- 7,3	- 6,7

Der *Einzelhandel* schnitt im Februar besser ab, als saisongemäß zu erwarten war. Seine Umsätze, die im Durchschnitt der Vorjahre von Jänner auf Februar gleichgeblieben waren, nahmen heuer um 4% zu. Die Umsätze des Vorjahres wurden um 12% (real um etwa 10%) übertroffen, gegen 6% (3%) im Jänner 1964 und 7% (4,5%) im Monatsdurchschnitt 1963. Der gute Geschäftsgang ist vor allem der größeren Zahl von Verkaufstagen sowie der teilweisen Verschiebung des Termins für Saisonschluß- und Inventurverkäufe zu danken. Der Februar hatte heuer 25 Verkaufstage, davon 5 Samstage, in den meisten Vorjahren aber nur 24 mit 4 Samstagen. Dadurch wurde nicht nur das Umsatzergebnis gegen das Vorjahr, sondern auch gegen Jänner begünstigt, da die Zahl der Verkaufstage diesmal von Jänner auf Februar unverändert blieb, sonst aber meist gesunken war. Das verkaufstägige Umsatzergebnis war daher etwas niedriger. Die Zuwachsrate gegen das Vorjahr betrug nur 7% (real annähernd 6%), auch die Umsatzsteigerung gegen Jänner war nur wenig höher als im Durchschnitt der Vorjahre (+3%).

Am stärksten haben sich die Käufe von Einrichtungsgegenständen und Hausrat belebt, die im Vorjahr besonders schwach waren. Die Umsätze nahmen um 7% zu (saisongemäß war ein Rückgang um 1% zu erwarten) und waren um 31% (real um etwa 28%) höher als im Vorjahr. Der Nachfragezuwachs erstreckte sich auf alle in dieser Branchengruppe zusammengefaßten Warenarten. Möbel wurden um 42%, Elektrowaren (hauptsächlich Fernsehgeräte) um 36%, Hausrat um 27%, Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe um 26% mehr gekauft als im Vorjahr. Die hohen Zuwachsraten dürfen allerdings nicht überschätzt werden, da im Vorjahr die Umsätze an Einrichtungsgegenständen und Hausrat besonders niedrig waren (die Konsumenten mußten wegen der strengen Kälte viel für Brennstoffe und teure Saisonprodukte ausgeben und schränkten die Anschaffungen langlebiger Konsumgüter ein). Auch der Textileinzelhandel schnitt überdurchschnittlich gut ab. Seine Umsätze nahmen um 13% zu (saisongemäß hätten sie um etwa 6% sinken sollen) und lagen um 18% (real um etwa 14%) über dem Vorjahr. Die hohe Zuwachsrate geht teilweise auch darauf zurück, daß heuer in manchen Bundesländern mehr Ausverkaufstage in den Februar fielen als im Vorjahr. Im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar wurden nur 9% (real etwa 6%) mehr Textilien verkauft als im Vorjahr. Im Monatsdurchschnitt 1963 hatten die Umsätze allerdings nur um 4% (2%) zugenommen. Die Verkäufe

von Lebensmitteln wurden vor allem durch den zusätzlichen Verkaufssamstag und dadurch begünstigt, daß der 1. März auf einen Sonntag fiel. Sie nahmen um 7% gegen Jänner zu und lagen um 12% über dem Vorjahr. Nur die Umsätze von „Sonstigen Waren“ blieben hinter den Saisonwartungen zurück und konnten das Vorjahresniveau nur knapp erreichen (real wurde es sogar um etwa 4% unterschritten). Das ist jedoch hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in der Gruppe „Sonstige Waren“ auch Brennstoffe enthalten sind, die infolge des milden Winters um 22% (real um etwa 27%) weniger verkauft wurden als 1963.

### Einzelhandelsumsätze

	1964	
	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Kurzlebige Güter .....	+ 5,4	+10,1
Langlebige Güter .....	+15,6	+24,1
<b>Insgesamt</b>	<b>+ 6,5</b>	<b>+11,6</b>

Nach den relativ schwachen Ergebnissen im Dezember und Jänner expandierte die *Ausfuhr* im Februar sehr kräftig. Der Ausfuhrwert von 2 908 Mill. S war um 22,3% höher als im Jänner und lag um 16,4% über dem Vorjahr. Das ist die stärkste Zunahme seit dem Frühjahr 1960. Von Jänner auf Februar nahm der Export in allen Obergruppen zu. Die stärksten Zuwächse gab es bei Fertigwaren (28%), besonders bei Maschinen und Verkehrsmitteln (40%). Nahrungs- und Genußmittel wurden um 21%, halbfertige Waren um 17% und Rohstoffe um 15% mehr ausgeführt als im Jänner. Auch verglichen mit dem Vorjahr wuchs der Export von Fertigwaren überdurchschnittlich (25%). Dies gilt sowohl für Maschinen und Verkehrsmittel als auch für „andere Fertigwaren“. Verkehrsmittel wurden um 36%, elektrotechnische Maschinen um 21% und andere Maschinen um 23% mehr ausgeführt als im Vorjahr. Der Export von Rohstoffen erreichte mit 34% die bisher höchste monatliche Zuwachsrate. Ihm kamen der frühe Start der Bausaison und die (dank milder Witterung) günstigen Transportbedingungen zustatten. Die Ausfuhr von Papierzeug stieg um 27%, die von mineralischen Brennstoffen um 50%. Der Export von Erz und Schrott betrug 15,9 Mill. S, gegen nur 5,4 Mill. S im Vorjahr (Durchschnitt 1963: 8,4 Mill. S). Der Anteil der Rohstoffe an der Gesamtausfuhr erhöhte sich daher von 15% auf 17%. Halbfertigwaren wurden nur um 4% mehr ausgeführt, weil die Eisen- und Stahlausfuhr auf dem Vorjahresniveau stehenblieb. Der Nahrungsmittelexport lag als einzige Obergruppe unter dem Vorjahreswert (-31%).

Stark rückläufig war die Ausfuhr von Fleisch- und Fleischwaren (-65%), Obst und Gemüse (-52%) sowie Lebewesen (-53%). Dagegen wurden Garne und Gewebe um 22% und Kleidung um 44% mehr exportiert als 1963.

Im Februar war die Ausfuhr in die EFTA um 20% und die in die EWG um 17% höher als im Vorjahr. Der Anteil der EFTA-Länder am Gesamtexport stieg von 17,6% (Februar 1963) auf 18,2%, der Anteil der EWG-Staaten von 49,0% auf 49,3%.

Die *Einfuhr* stieg im Februar um 2,2% auf 3 632 Mill. S. Die Zuwachsrate gegen das Vorjahr betrug 15,7%. In den letzten Jahren war die Einfuhr im Februar saisonbedingt stets zurückgegangen. Es wurden mehr Fertigwaren (+5%) und Halbfertigwaren (+4%), weniger Nahrungs- und Genußmittel (-6%) sowie Rohstoffe (-2%) eingeführt als im Jänner. Im Vergleich zum Vorjahr erfaßte die kräftige Expansion alle Obergruppen. Bei den Fertigwaren betrug die Zunahme 14%. Die Maschineneinfuhr, die seit Mai 1963 rückläufig war, übertraf erstmals wieder das Vorjahresergebnis um 15% (59,9 Mill. S). Elektrotechnische Maschinen und Apparate wurden um 20% mehr eingeführt, Verkehrsmittel blieben hinter dem Vorjahreswert um 5% zurück. Der starke Trend zu den (konsumnahen) „anderen Fertigwaren“ hielt weiter an (+24%). Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr stieg von 18% auf 19%. Die Importe von Halbfertigwaren stiegen insgesamt um 16%. In verstärktem Umfang wurden Eisen und Stahl (+4%) sowie andere Metalle (+17%) importiert. Die Rohstoffeinfuhr stieg um 21%. Die langsame Erholung der Eisen- und Stahlerzeugung belebte die Nachfrage nach Erzen und Schrott auf der Ausfuhr- und Einfuhrseite. Der Importwert dieser Produkte war um 42 Mill. S (281%) höher als im Vorjahr. Von den anderen Rohstoffen stiegen die Importe von mineralischen Brennstoffen um 5%. Auch die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln wurde um 9% gegen das Vorjahr ausgeweitet. Vor allem wurden mehr Getreide und Fleischwaren bezogen (89% und 73%).

Die Einfuhr aus der *EFTA* war um 18% und aus der *EWG* um 11% höher als im Februar 1963

Der Anteil der EFTA-Länder am Gesamtimport stieg von 14,7% auf 14,9%, der Anteil der EWG fiel von 60,7% auf 58,1%.

Der *Fremdenverkehr* belebte sich dank der olympischen Winterspiele fast doppelt so stark wie saisonüblich. Dies ist allerdings nur dem Ausländerverkehr zu danken, der im Februar um 69% intensiver war als im Jänner und das Vorjahresergebnis um 21% übertraf. Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerverkehr nahmen um 23% zu und erreichten 764 Mill. S, obwohl in den Vormonaten Vorauszahlungen für den Olympiadebesuch geleistet worden waren (schätzungsweise 30 Mill. S). Die lokale Bedeutung der Olympiade entsprach nicht ganz den Erwartungen. Tirol zählte 1 13 Mill. Übernachtungen, um 26% mehr als 1963. Sein Anteil am Fremdenverkehr erreichte 57%, gegen 55% im Vorjahr. Die „Deviseneinnahmen“ Tirols dürften sich im Februar (mit Rücksicht auf die höheren Tagesaufwendungen bei der Olympiade) auf etwa 560 Mill. S belaufen haben und um 35% höher gewesen sein als im Vorjahr.

Die *Preise* von Saisonprodukten und Nicht-Saisonprodukten entwickelten sich gegenläufig. Während sich verschiedene Roh-, Halb- oder Fertigwaren vor allem wegen höherer Weltmarktpreise verteuerten, wurden Saisonprodukte meist billiger angeboten. Der Großhandelspreisindex zog von Mitte Februar bis Mitte März um 0,7% auf 960 (1938 = 100) an und lag damit um 3,6% höher als im März 1963. Der Verbraucherpreisindex I (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) sank von Mitte Februar auf Mitte März um 0,1% auf 117,0% (1958 = 100). Saisonprodukte verbilligten sich um 3,0%, die Preise der übrigen Produkte stiegen um 0,2%. Billiger wurden vor allem Obst, Eier und Kartoffeln, teurer Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren sowie Reis. Die Zuwachsrate gegen das Vorjahr ist für den Gesamtindex geringer geworden, da die Saisonprodukte bereits um durchschnittlich ein Viertel billiger waren. Im März war der Verbraucherpreisindex I um 2,9% (gegen 3,3% im Februar), ohne Saisonprodukte aber um 6,4% (gegen 6,2% im Februar) höher als im Vorjahr. Da im II. Quartal 1963 die Preise der nicht saisonabhängigen Waren besonders stark gestiegen sind, kann damit gerechnet werden, daß sich in den kommenden Monaten der Abstand zum Vorjahr allmählich verringern wird.

Die *Löhne* stiegen im Februar und März für verschiedene wichtige Berufsgruppen. Ende Jänner wurde für die Arbeiter in der Zuckerindustrie eine

*Außenhandel*

	Jänner		Feber	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %
Ausfuhr	2 377	+ 5,5	2 908	+ 16,4
Einfuhr	3 555	+ 0,1	3 632	+ 15,7
Handelsbilanz	-1 178	- 9,4	-724	+ 13,1

Effektivlohnerhöhung von durchschnittlich 10 5/10% wirksam. Anfang Februar stiegen die Kollektivvertragslöhne der Arbeiter in den Bergwerken um 8% bis 9%, die der Tankstellen- und Garagenarbeiter durchschnittlich um 30%. Die Mindestlöhne der Speditionsarbeiter wurden Ende März um 7% hinaufgesetzt. Weitere Lohnverhandlungen sind im Gange oder in Kürze zu erwarten. Lohnpolitisch besonders wichtig ist die Forderung der Bundesbediensteten nach einer 5%igen Gehaltserhöhung. Der Index der *Verdienste* der Wiener Arbeiter (brutto, ohne einmalige Zulagen) war in den Monaten Jänner und Februar durchschnittlich um 10 4/10% (je Stunde) und 12 2/10% (je Woche) höher als im Vorjahr. (Ohne Bauarbeiter, die infolge des milden Winters heuer beträchtlich mehr verdienten als im Vorjahr, ist der Index der Verdienste nur um 8 4/10% und 9 9/10% gestiegen.) Die *Netto-Tariflöhne* lagen im März um 8 4/10% und 9 6/10% (mit und ohne Kinderbeihilfen) höher als im März 1963.

### Preise und Löhne

	Februar 1964	März
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Großhandelspreisindex .....	+ 40	+ 36
Verbraucherpreisindex I, mit Saisonprodukten	+ 33	+ 29
ohne Saisonprodukte	+ 62	+ 64
Tariflöhne, Wien <sup>1)</sup> .....	+ 97	+ 84
Arbeiter-Wochenverdienste, Wien <sup>1)</sup> .....	+130	..

<sup>1)</sup> Netto, einschl. Kinderbeihilfen.

Die *valutarischen Reserven* der Notenbank schwankten seit Jahresbeginn beträchtlich, da der Kreditapparat größere Transaktionen auf dem ausländischen Geldmarkt durchführte. Nach einem Rückgang im Jänner und im Februar um 1 05 Mrd. Schilling und 0 66 Mrd. S nahmen sie im März wieder um 0 82 Mrd. S zu. Insgesamt sanken die valutarischen Reserven der Notenbank im I. Quartal 1964 um 0 89 Mrd. S (1963: —0 26 Mrd. S, 1962: +0 28 Mrd. S). Die valutarischen Aktiva des Kreditapparates stiegen im Jänner und Februar um je 1 Mrd. S. Ende Februar erreichten sie mit 4 8 Mrd. S ihren bisherigen Höchststand, während die valutarischen Passiva leicht sanken. Per Saldo hatte der Kreditapparat Ende Februar 1 85 Mrd. S im Ausland angelegt.

Die Nachfrage der Wirtschaft nach kommerziellen Krediten scheint wieder etwas lebhafter zu werden. Der Zuwachs des *Kreditvolumens* von 0 56 Mrd. S im Februar war größer als im Jänner (0 48 Mrd. S) und übertraf auch das Vorjahresergebnis (0 44 Mrd. S). Wie im Jänner wuchsen am stärksten die Kontokorrentkredite, während die Wechselkre-

dite weiter zurückgingen. Alle Institutsgruppen (außer Sonderkreditunternehmungen und Teilzahlungsinstitute) waren an der Ausweitung beteiligt, am meisten die Sparkassen. Wertpapiere erwarb der Kreditapparat per Saldo für 66 Mill. S, so daß er insgesamt 0 63 Mrd. S im Inland anlegte. Gleichzeitig erhielt er 1 22 Mrd. S längerfristige Mittel. Der Zuwachs an *Spareinlagen* war bemerkenswert hoch (1 03 Mrd. S, Vorjahr 0 80 Mrd. S) und übertraf entgegen der üblichen Saisonentwicklung das Jännerergebnis. Mehr als 80% des Zuwachses entfielen auf Aktienbanken, Sparkassen und ländliche Kreditgenossenschaften. Die Termineinlagen nahmen um 112 Mill. S (Vorjahr 93 Mill. S) zu, an eigenen Emissionen wurden 46 Mill. S untergebracht.

Auf dem *Aktienmarkt* konnte der Kursrückgang vom Februar (—0 5%) im März wieder aufgeholt werden (+0 5%). Die Belebung wurde jedoch in der ersten Aprilhälfte unterbrochen, der Index fiel um 1 6%. Der *Anlagemarkt* war überwiegend fest. Einige Werte, die im Februar etwas schwächer waren, holten bis Anfang April wieder auf. Die Nachfrage nach der 6%igen Bundesanleihe 1964, die Anfang März zur Zeichnung aufgelegt wurde, war rege; das Nominale wurde um 300 Mill. S auf insgesamt 1 3 Mrd. S aufgestockt.

Die Flüssigkeit des Kreditapparates ermöglichte es dem Bund, Mitte April 1 Mrd. S *Bundesschatzscheine* in eine langfristige Anleihe (Verzinsung 6%, Laufzeit 13 Jahre) umzuwandeln. Die Konsolidierung eines namhaften Teiles der kurzfristigen Staatsschuld trägt entscheidend dazu bei, das seit Jahren offene „Schatzscheinproblem“ zu lösen. Der Bund hatte in den Jahren 1958 bis 1960 in größerem Umfang Kassenstärkungs-Schatzscheine zur Deckung des Budgetdefizites begeben. Diese Schatzscheine wurden von den Kreditinstituten zunächst gern genommen, später jedoch, als die lebhaftere Kreditnachfrage den Kreditunternehmungen rentablere Anlagemöglichkeiten boten, versuchten sie sie abzustoßen. Da kein funktionsfähiger Geldmarkt bestand und der Bund finanziell nicht in der Lage war, fällige Schatzscheine einzulösen, mußte er auf Prolongation drängen. Damit wurden die formell kurzfristigen Papiere de facto langfristig mit unbestimmter Laufzeit. Der Schatzschein geriet in Mißkredit und der Bund sah sich genötigt, zu konservativen Finanzierungsmethoden zurückzukehren. Ab 1961 wurde der Finanzbedarf des Staates nahezu ausschließlich durch langfristige Anleihen gedeckt und die schwebende Schuld durch Tilgungen allmählich abgebaut. Von den Ende 1960 um-

laufenden 4,5 Mrd. S Kassenstärkungs-Schatzscheinen wurden bis Ende 1963 brutto fast 1,2 Mrd. S zurückgezahlt. Durch die Konversionsanleihe im April und die im Budget 1964 vorgesehenen 300 Mill. S Tilgungen wird sich der Umlauf an Kassenstärkungs-Schatzscheinen bis Ende 1964 auf 2,2 Mrd. Schilling verringern.

Die Konsolidierung der kurzfristigen Staatsschuld ist ein wichtiger *Beitrag zur Ordnung der Finanzmärkte*. Der Bund kann nunmehr seine formellen Zahlungsverprechen einhalten und Schatzscheine bei Fälligkeit einlösen (zur Überbrückung von Zahlungsschwierigkeiten steht ihm ein Notenbankkredit von 1 Mrd. S zur Verfügung). Dadurch wird das Vertrauen in den Staatskredit gestärkt und eine wichtige Voraussetzung für die Bildung eines funktionsfähigen Geldmarktes geschaffen. Solange auf dem Schatzschein das Odium der Uneinlösbarkeit lastet, ist es nicht möglich, einen Markt für echte Geldmarktpapiere zu organisieren. Nicht zuletzt kann die Währungspolitik künftig wirksamer ihre Aufgaben erfüllen, da sie nicht mehr im gleichen Maß wie bisher auf die hohe schwebende Staatsschuld des Bundes Rücksicht nehmen muß.

Die lebhaftige Konjunktur und das rasche Anlaufen der Frühjahrssaison sicherten dem *Bund hohe Einnahmen*. Die Erträge aus öffentlichen Abgaben waren im I. Quartal brutto um 18% und netto (nach Überweisung der Ertragsanteile an die Gebietskörperschaften) um 20% höher als im I. Quartal 1963. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im I. Quartal 1963 die Konjunktur ihren Tiefpunkt erreicht und der besonders strenge Winter

die witterungsabhängigen Zweige stark beeinträchtigt hatte. Heuer dagegen hatte der Saisonaufschwung besonders früh eingesetzt. Ähnlich hohe Zuwachsraten wie im I. Quartal werden daher in den nächsten Monaten voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Dennoch können dank der guten Konjunktur höhere Einnahmen erwartet werden, (brutto +8%, netto +7%). Der Umstand, daß im I. Quartal erst 22,8% statt (wie bei gleichmäßiger zeitlicher Verteilung) ein Viertel der veranschlagten Abgabenerträge eingingen, spricht nicht gegen diese Annahme, da die Erträge erfahrungsgemäß im Laufe des Jahres steigen (im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1963 entfielen 21,2% der Jahreseinnahmen auf das I. Quartal). Die Mehrerträge sollten jedoch Regierung und Parlament nicht dazu verleiten, den Ausgabenvoranschlag zu überschreiten. Die gegenwärtig absehbaren konjunkturellen Auftriebskräfte legten vielmehr nahe, den im Voranschlag vorgesehenen echten Abgang von 2,1 Mrd. Schilling (ohne Ausgaben für Schuldentilgungen) möglichst zu verringern und auf ein annähernd konjunkturneutrales Budget 1964 Kurs zu halten. Es ist notwendig und lohnt sich reichlich, einer *Konjunkturüberhitzung*, die letztlich die gesamte Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter, in Mitleidenschaft zieht, rechtzeitig vorzubeugen. Eines der wirksamsten Mittel wäre eine konjunkturgerechte Budgetpolitik. Es ist allerdings fraglich, ob eine solche Politik schon 1964 verwirklicht werden kann, da bereits namhafte (im Voranschlag nicht enthaltene) Mehrausgaben zugesagt wurden oder auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen notwendig werden